

Auszug aus Context XXI

<http://contextxxi.org/operation-kismet.html>

erstellt am: 29. März 2024

Datum dieses Beitrags: Oktober 1996

Operation „Kismet“

Der Historiker Christian Stifter über die Remilitarisierung Österreichs, den Widerstand dagegen und die Rekrutierung ehemaliger Nazis.

■ MARKUS KEMMERLING ■
CHRISTIAN STIFTER

ZOOM: Wann begann in Österreich die Wiederaufrüstung?

Christian Stifter: Bereits 1945 wurden von der Provisorischen Staatsregierung Renner die ersten Schritte für den Aufbau militärischer Kader gesetzt. In der parallel zur Unabhängigkeitserklärung am 27. April 1945 verlautbarten Regierungserklärung wurde fixiert, ein Unterstaatssekretariat für Heerwesen einzurichten, das die Aufgaben eines Bundesministeriums für Landesverteidigung übernehmen sollte. Es gab keine bindenden Reglements der Alliierten in bezug auf das Procedere, nur allgemeine Deklarationen in Richtung einer lückenlosen Entnazifizierung und einer flächendeckenden materialen, aber auch mentalen Entmilitarisierung. Österreich betreffend ist es erst relativ spät, im Juli/August 1945, zu einem ersten Kontrollabkommen gekommen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde bereits ganz unterschiedlich in den einzelnen Ländern und zum Teil in Kooperation mit den einzelnen Besatzungsmächten von der österreichischen Staatsregierung in Wien aus die entsprechende Infrastruktur gelegt. Es wurden Militärkommanden eingerichtet, sogar Beförderungen durchgeführt. Die Heimkehrerentlastungsstellen führten bereits Listen für einen zukünftigen militärischen Körper. All das mußte auf Weisung des Alliierten Rats im Dezember wieder aufgelöst werden.

Erste Remilitarisierungsschritte 1945

Es wurden noch keine Truppen aufgestellt?

Es gab allerlei Kuriosa in dieser Zeit. Im Dreiparteienorgan „Neues Österreich“ wurden beispielsweise immer wieder – fast wöchentlich – Aufrufe an arbeitslose Soldaten gerichtet und Personal für bestimmte Zwecke rekrutiert.

Diese Aufrufe müssen sich ja an ehemalige Wehrmachtssoldaten gerichtet haben?

Selbstverständlich. Man war allerdings relativ vorsichtig in der Hinsicht, daß man zum Beispiel in einzelnen Denkschriften, in denen dieses Unterstaatssekretariat möglichst euphemistisch präsentierte wurde, vermied, dieses bereits als Nukleus einer österreichischen Wehrmacht darzustellen. Im Frühherbst hat das dann allmählich abgenommen. Als sich in dem Besatzungsgefüge zwischen Westalliierten und Sowjets die ersten Spannungen zeigten, kam es auch zu ersten größeren Beschuldigungen bezüglich des Vorhandenseins noch nicht völlig aufgelöster Brigaden. Es gab beispielsweise zwei Brigaden in Kärnten, eine davon war ein Kontingent von Wlassow-Leuten. Wlassow war ein weißrussischer General, der übergelaufen ist und dann innerhalb der Hitlerwehrmacht Kontingente aufgestellt hat, um auf seiten der Wehrmachtstruppen gegen die sowjetischen Truppen zu kämpfen. Die Franzosen haben ein eigenes österreichisches Bataillon unterhalten, das in Innsbruck bereits Para-

den abgehalten hat. Es waren einige Merkwürdigkeiten im Spiel.

Es gibt ein nettes Detail im Zusammenhang mit der Auflösung dieses Unterstaatssekretariats, dem ursprünglich der Sozialdemokrat Franz Winterer und dann ein ÖVP-Mann vorgestanden ist. Obwohl letzterer eigentlich für die völlige Auflösung des Amtes zuständig gewesen wäre, hat dieser noch kurz vorher ein Marinereferat eingerichtet, dessen Leitung ein ehemaliger Kommandant der k. u. k. Donauflotte übernahm. Geschwind wurden noch ÖVP-Leute eingestellt, um diese dann nach Auflösung des Referats in die entsprechenden Ressorts der Ministerien aufzuteilen.

All das war Teil des Versuchs, die Infrastruktur für ein Heer zu legen. Nach der Auflösung im Dezember war klar, daß die Entmilitarisierung eine alleinige Angelegenheit der Alliierten ist und vor Abschluß eines Staatsvertrages an eine Wiederaufrüstung nicht zu denken ist.

Dies alles war eine alleinige Initiative der österreichischen Regierung?

Zunächst ist das ausschließlich von österreichischen Stellen betrieben worden. Die Amerikaner wollten ursprünglich gar keine Besatzungszone in Österreich übernehmen, das hat sich erst im Verlauf des Frühjahrs 1945 herausgestellt. Im Zuge des Ausbrechens des kalten Krieges sind die Amerikaner von ihrer früheren Politik des Isolationismus zu einem stärkeren Vorort-Engagement übergegangen. Man spricht in der Literatur von einer Bewegung vom Isolationismus – der Politik des „New Deal“, sich politisch möglichst auf inneramerikanische Angelegenheiten zu beschränken – zum Universalis-

mus. Das bedeutete die Globalisierung des amerikanischen Sicherheitsbegriffs und auf Österreich bezogen nicht nur, die Wiedererrichtung eines freien, unabhängigen Österreichs zu betreiben, sondern gleichzeitig dafür zu sorgen, daß Österreich wie Deutschland im Einflußbereich der amerikanischen Truppen bleibt.

Mit dem späteren, offensiv gedachten Konzept einer „free world“ wollte man global das durchsetzen, was die amerikanischen politischen Köpfe unter Freiheit und Demokratie verstanden, also den Abbau von Handels- und Zollbeschränkungen für amerikanische Unternehmen usw. Es gab auch das Interesse, einen starken kulturellen und medienpolitischen Einfluß auf das Land auszuüben. Der österreichische Historiker Reinhold Wagnleitner hat das einmal treffend als „Coca-Colonisierung“ Österreichs bezeichnet.

Der Aufbau der B-Gendarmerie

Wie zum Beispiel die Finanzierung des „FORVM“ mit CIA-Geldern?

Ja, aber da gibt es zahlreiche Unternehmungen: die Gründung von Amerikahäusern, die Vergabe von Lizenzen für die Presse etc. In bezug auf die Lizenzzeitungen der Amerikaner war maßgeblich, daß Redaktion und Herausgeber auf Seite der Amerikaner standen und antikommunistisch eingestellt waren.

Wie ging es dann in den späten vierziger Jahren mit der Remilitarisierung weiter?

Es gab immer wiederkehrende Vorgesprachen von ranghohen österreichischen Politikern bei amerikanischen Stellen, zum Beispiel von Vizekanzler Schärf. Man versuchte, den Amerikanern die Gefahr eines eventuellen kommunistischen Putsches glaubhaft zu machen, und drängte darauf, ehe baldigst mit der Aufstellung eines Wehrkörpers zu beginnen. Ab 1947/48 gab es Vertragsverhandlungen mit Deutschland, in denen auch Österreich angesprochen wurde. Mit Artikel 17 des Staatsvertragsentwurfs war dann eigentlich klar, daß es nach Abzug der alliierten Truppen ein österreichisches Bundesheer geben wird. 1947 ver-

schärfte sich dann der kalte Krieg, und Mitte 1948 verabschiedete der amerikanische Nationale Sicherheitsrat ein Planungsdokument mit der Ziffer NSC 10/2, in dem Abwehrmaßnahmen aggressiver Art und „covert operations“ entworfen wurden. Es wurde ein eigenes Planungsbüro, das Office for Policy Coordination, unter der Leitung von Frank Wisner eingerichtet. Das Büro arbeitete auf Basis dieses Planungsdokuments Operationen aus, die unter verschiedenen Namen bekannt wurden, aber alle untereinander koordiniert waren.

Ging das parallel zur NATO-Gründung?

Es waren jedenfalls Planungen, die ein halbes, dreiviertel Jahr vor Gründung der NATO im Frühjahr 1949 begonnen wurden. Es war auch an die Ausschüttung von Mitteln als Beitrag für einen Abwehrkampf an die NATO-Signatarstaaten gedacht.

In Österreich gab es damals eine ständige Fühlungnahme zwischen der Militärbehörde der amerikanischen Besatzungsmacht und österreichischen Stellen. Um ein politisches Konkordat zwischen den beiden Großparteien ÖVP und SPÖ zu erreichen, wurde ein eigenes, geheimes Wehrgremium eingesetzt. Dieses proporzmäßig besetzte Wehrgremium hat sich mit der Form eines künftigen Bundesheeres auseinandergesetzt: dem wehrdienstpflichtigen Alter, der Dienstzeit etc. Auf Basis dieser Planungen wurden geheime Kontakte zu amerikanischen Stellen in Salzburg aufgenommen und ein Plan unterbreitet, wie man trotz Verbots der allgemeinen Wiederaufrüstung durch den Alliierten Rat unter dem Deckmantel der legalen Gendarmerie- und Polizeieinheiten eine Wiederaufrüstung einleiten könnte.

In einem Entwurf, der vom damaligen Wehrsprecher der Sozialistischen Partei Julius Deutsch vorgelegt wurde, ging es ganz konkret darum, je 500 Mann innerhalb dieser legalen Gendarmerieeinheiten in den drei westlichen Besatzungszonen zu installieren. Dieser Entwurf wurde bei den amerikanischen Stellen mit großer Freude aufgenommen. Das heißt nicht, daß man dort von dieser Kooperationsbereitschaft völlig überrascht war. All das war durch vorherige Gespräche schon akkordiert. Aber nun

lag ein konkreter Vorschlag vor, der auch aufgegriffen wurde. Wie aus den entsprechenden Papieren hervorgeht, konnte man sich amerikanischerseits ein derartiges Procedere zwar vorstellen, aber doch unter größerer Einspruchnahme und größerer Federführung der amerikanischen militärischen Planungsstellen. Da tauchen auch schon erste Überlegungen auf, wie weit man die österreichischen Stellen überhaupt noch in Kenntnis setzen soll. Auf Basis dieser inoffiziell-offiziellen Kontakte wurde dann relativ umgehend mit der Aufrichtung sogenannter Alarmbataillone in den Besatzungszonen der Westalliierten begonnen. Diese wurden zum Teil mit motorisierten Einheiten ausgestattet und trainiert. Bezeichnenderweise findet sich für diesen Beginn der Wiederaufrüstung der Tarnname „Kismet“, Schicksal.

Das war 1948/49?

1949 existierten die Alarmbataillone bereits. Das weitere Procedere war, soweit dies aus den amerikanischen Akten hervorgeht, eigentlich ein ständiges Hick-Hack. 1949 wurden alle Verhandlungen rund um einen österreichischen Staatsvertrag eingefroren. Dies geschah nicht zuletzt auf Grund von militärischen Überlegungen, die „key area“, wie es General Geoffrey Keyes, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Österreich, ausgedrückt hat, zu sichern. Das war das primäre Ziel und nicht mehr die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreichs, wie dies in der Moskauer Deklaration verlautbart worden war. Frei und unabhängig war damals schon in einer ganz spezifischen Weise uminterpretiert worden – in Richtung einer Bereitschaft, die amerikanische ordnungs- und sicherheitspolitische Konzeption für Europa mitzutragen. Das bedeutete eben auch die Bereitschaft, bei der Remilitarisierung mitzuspielen.

Mit „key area“ war Westösterreich gemeint?

Ja. Es gibt eine Aussage eines hochrangigen politischen Beraters, der meinte, daß im Falle einer Teilung die Abtrennung des wirtschaftlich wichtigeren Österreich im Osten von Westösterreich, das nur aus „mountain folk“ bestehe und als Landbrücke

wichtig war, in Kauf genommen werden müßte. Das wäre für die Amerikaner keine große Schwierigkeit gewesen. Auf österreichischer Seite wußte man sicherlich, daß die Situation nicht ungefährlich war. Diese Dinge waren allesamt illegal und wurden daher sehr geheim betrieben.

Es wurden auch bereits von den Franzosen ausgearbeitete Evakuierungspläne ventiliert, im Fall des Falles, zum Beispiel einer Blockade, die Regierungsspitze auszufliegen; bis hin zu Plänen, die Infrastruktur Westösterreichs zu vernichten, um möglichst nichts zurückzulassen.

Widerstand gegen die Remilitarisierung

Waren diese Pläne bekannt?

Da gibt es einiges darüber in dem nie dementierten Bericht des „Österreichischen Friedensrates“ nachzulesen, der 1952 unter dem Titel „Die Aufrüstung Österreichs“ publiziert wurde, ein sehr spannendes, materialreiches Konvolut über die bereits erfolgten Remilitarisierungsschritte.

Da war ja auch schon von Waffenlagern zu lesen ...

Richtig. Und da ist davon zu lesen, daß ganz Westösterreich zu einer supermodernen Festung ausgebaut werden soll, daß bereits an den entsprechenden wichtigen Paßstraßen wie der Arlberg- oder der Flexenpaßstraße Munitionskammern für die Sprengung der Durchfahrtsstraßen angelegt werden sollten, daß im Loferer Hochtal riesige Nachschubbasen angelegt wurden, Straßenverbretterungen und, damit auch schwere Flugzeuge landen können – richtige Aufmarschpläne.

Diese Publikation fiel natürlich voll in die Logik des kalten Krieges, da gab es nur schwarz und weiß. Die Guten waren die Amerikaner und die Bösen die Sowjets. Wenn dann ein Österreichischer Friedensrat, der noch dazu einerseits zwar von prominenten Pazifisten, auf der anderen Seite aber von der KPÖ nahestehenden Personen besetzt war, mit derartigen Enthüllungen an die Öffentlichkeit trat, war das ein Mechanismus der Selbstdiskreditierung. Man hat gesagt: Na gut, das ist klar,

daß die das herbeizaubern wollen.

Wer war in diesem Friedensrat dabei?

Da war zum Beispiel Professor Heinrich Brandweiner dabei, ein aktiver Friedenskämpfer, oder Josef Dobretsberger, Nationalökonom und ex christlichsozialer Politiker in der Regierung Schuschnigg.

Die beiden waren keine Kommunisten?

Nein, nicht im eigentlichen Sinn, eher bürgerliche Intellektuelle, die aber kommunistischen Ideen und Kooperationsangeboten durchaus offen standen. In einer Zeit, die so beinhart die mögliche Differenziertheit von Meinungen verunmöglichte, in der alles, was nicht pro, sofort contra war, war es halt sehr schwierig, mit derartigen Anliegen in einer seriösen Art und Weise nach außen zu treten beziehungsweise auch seriös anzukommen. Es hat durchaus auch Kritik innerhalb der politischen Parteien gegeben, innerhalb der Sozialistischen Jugend und der Studentenverbände, des VSStÖ. Es gab auch andere Personen, die parteiunabhängig waren oder ein „Mehr an Seriosität“ auf sich vereinigen konnten, wie beispielsweise der Verfassungsrechtler Stefan Verdross oder der Physiker Hans Thirring ...

... der ja später einen Plan zur einseitigen Abrüstung Österreichs vorgelegt hat.

Thirring war in der auf Bertha von Suttner zurückgehenden und dezidiert pazifistisch orientierten „Österreichischen Friedensgesellschaft“ engagiert. Es gibt eine Reihe von sehr spannenden und wirklich überdachten Argumenten der Friedensgesellschaft gegen die Remilitarisierung, die aber allesamt auf keinen sonderlich fruchtbaren Boden gefallen sind.

Ich glaube, eines ist wichtig: Man darf nicht den Fehler machen, so wie es beispielsweise meines Erachtens lange Zeit und auch heute noch die mehr konservativ orientierte Militärgeschichtsschreibung vornimmt, das Militär und seine Geschichte für sich genommen zu betrachten und nicht als Teil einer gesellschaftlichen Entwicklung, die interdependent zu den sozioökonomischen und politischen Entwicklungen verläuft. Die Remilitarisierung muß in einem sehr viel breiteren historischen Kontext gesehen wer-

den, nicht nur rein auf das Wieder-aus-dem-Boden-Stampfen militärischer Kader bezogen, sei es jetzt ein Miliz- oder ein Berufsheer.

Die Entnazifizierung habe ich bereits angesprochen. Die bruchlose Remilitarisierung im Nachkriegseuropa hat einen Bruch in den Einstellungsmustern und Verhaltensdispositiven verhindert, die auf Grund dieses nationalsozialistischen Unrechtsregimes fix in den Köpfen installiert waren. Diese kurze Phase, in der Entnazifizierung und Entmilitarisierung betrieben wurden, kippte sehr bald in eine Phase des Wiederkontaktaufnehmens mit Personen um, die einschlägig vorbelastet waren.

Entnazifizierung und Rekrutierung ehemaliger Nazis

Ist es nicht ein besonders bedenklicher Aspekt, daß gerade die Amerikaner von Anfang an, offensichtlich bemüht waren, viele dieser Leute sehr schnell zu entnazifizieren und wieder einzugliedern?

Auf österreichischer Seite wurden ebenso beklemmende Szenarien entworfen. Eines darf man in diesem Zusammenhang natürlich auch nicht verschweigen: Das gleiche galt auch für die sowjetischen Stellen, die ebenso bemüht waren, ehemalige Fachleute der Nazispionage zu gewinnen und zu benützen.

Wenn man darüber nachliest, stößt man auf erstaunlich wenige Nationalsozialisten, die von den Sowjets rekrutiert wurden.

Das ist relativ einfach zu erklären. Die Situation in der Umbruchzeit knapp vor Beendigung des Krieges Anfang Mai 1945 hat zu einer regelrechten Flucht hochrangiger Militärs und Politiker aus den faschistischen Regimen geführt, auch in Osteuropa. Die wußten, wenn sie in die Hände der sowjetischen Besatzungstruppen fallen, wird die Behandlung vermutlich um vieles rigorosere ausfallen als auf amerikanischer Seite. Deswegen hat man sich schon sehr früh Richtung Westen abgesetzt. Eines dieser Zentren, wo sich innerhalb kurzer Zeit sehr viel an derartiger „Prominenz“ getummelt hat, war das Salzkammergut.

Von der Interessenlage her gab es da also auf sowjetischer Seite keine Unterschiede?

Das ist sehr schwer qualitativ zu vergleichen, am ehesten ließe sich das noch quantitativ anstellen. Aber das ist infolge des Fehlens von entsprechenden Unterlagen auch ein Problem. Vermutlich gingen gerade bei der Entnazifizierung die sowjetischen Militärbehörden strikter vor als die Amerikaner.

Die Reetablierungsschritte der nach wie vor vorhandenen Nationalsozialisten, die wieder versucht haben, sich in Amt und Würden zu bringen, wurden kaum unterbunden. Das war vielleicht nicht die Elite, aber zumindest jene in lokalen Körperschaften. Zum Beispiel die erste bayerische Landesregierung, oder die erste oberösterreichische Landesregierung, die durchwegs aus Nazis zusammengesetzt war und trotz heftiger Proteste von seiten der Widerstandsgruppierungen lange Zeit nicht aufgelöst wurde etc.

Gab es nicht auch ein Interesse oder zumindest Wohlwollen der Amerikaner angesichts der Gründung des Verbands der Unabhängigen?

Wohlwollen mit Sicherheit.

Offensichtlich mit der Intention, die Leute reinzuwaschen, die sie verwenden wollten?

Bei den österreichischen Stellen ist eine abgestufte Form des sich Kümmerns oder Nichtkümmerns sichtbar, gerade in Hinblick darauf, daß die amerikanischen Militärbehörden auch nicht sonderlich stark durchgegriffen haben. Das führte dazu, daß man bei den Nationalratswahlen 1949 dazu übergegangen ist, hier schon ganz andere Töne anzuschlagen – Schalmeyentöne, um ein nicht zu unterschätzendes Reservoir an Stimmen zu fangen. Das betrifft die Kontaktaufnahmen von Alfons Maleta und Julius Raab in Gmunden Anfang 1949, nachdem der VdU schon gegründet war, parallel dazu Aktivitäten, die von Leuten wie Wilhelm Höttl gesetzt worden sind. Da hat es vermutlich noch einiges mehr gegeben. Was man weiß, ist nicht mehr als die Spitze des Eisbergs. Man kennt einzelne Sachen, beispielsweise die Kontaktaufnahme zahlreicher Leute aus dem un-

garischen Horthy-Regime mit amerikanischen Stellen in Salzburg.

Das Ganze hatte durchaus System, und solange es hier keine entsprechenden Quellen gibt – und die dürfte es ja wohl auch geben –, läßt sich darüber kein wirkliches Bild zeichnen. Faktum ist jedenfalls, daß es diese Kontakte gegeben hat, daß hier mit Wissen und Unterstützung amerikanischer Stellen „Fachleute“ der ehemaligen Wehrmachtsspionage wieder trainiert worden sind. Aber wie das jetzt konkret ausgesehen hat – auch im Zusammenhang mit der Entwicklung in Deutschland – ist nach wie vor wenig bekannt.

Wie haben die Amerikaner die „Ehemaligen“ rekrutiert? Haben sie versucht, in den Auffanglagern die Leute rauszufischen, die für sie von Interesse waren?

Von der Struktur her ist das Procedere bekannt. Einerseits gab es die Vernehmungs- und Auffangcamps, um die belasteten Spitzen-NS-Leute herauszufinden. Auf der anderen Seite versuchten zum Teil übergeordnete, im verdeckten Rahmen operierende Einheiten auf Basis von derart zusammengestellten Namenslisten Leute zu finden, die man für amerikanische Geheimdienstaktivitäten gewinnen konnte. Die verschiedenen amerikanischen Stellen lagen auch oft miteinander im Konflikt und wußten zum Teil untereinander nicht, was hier gespielt wird.

Für Deutschland zumindest gibt es schon Untersuchungen, die zeigen, wie hier verfahren wurde. Worüber man nach wie vor gar nichts weiß, ist, welche Kontakte es von der mittlerweile gut dokumentierten Organisation Gehlen nach Österreich gegeben hat, wer die Personen waren, welcher Art die Reaktivierung ehemaliger Personen innerhalb des Spionagenetzes war, das ja bis Rumänien gereicht hat usw.

Neutralität und NATO-Anbindung

Gab es damals Überlegungen – die Neutralität war ja noch nicht am Tisch – Österreich in das Nordatlantische Bündnis einzugliedern?

Mit Sicherheit. Wenn schon keine direkte Beteiligung an der NATO möglich war, hat man zumindest versucht, Öster-

reich auf der organisatorisch niedrigeren Ebene mitspielen zu lassen. Da gab es verschiedene Programme, die vom amerikanischen Kongreß verabschiedet wurden, zum Beispiel den „Military Foreign Assistance Act“ aus dem Jahre 1949, wo wirklich enorme Summen geflossen sind.

Und auf österreichischer Seite, von seiten der Regierung Figl, wurde da an eine Einbindung in das westliche Bündnis gedacht?

Es gab einzelne Proponenten für einen Beitritt zur NATO. Die Regierung hat sich allerdings im Wissen, daß ein derartiger Beitritt entsprechende politische Folgen nach sich ziehen würde, dezidiert gegen ein solche Einbindung ausgesprochen. Ein prononcierter Proatlantiker war beispielsweise der damalige Staatssekretär Ferdinand Graf, der 1955 erster Verteidigungsminister wurde. Graf hat sich auch nach 1955 noch mehrmals um eine mögliche Belieferung Österreichs mit entsprechenden Flugraketen etc. bemüht. Da gab es schier unglaubliche Dinge. Allerdings waren nicht alle Politiker im selben Ausmaß kalte Krieger wie die damalige Regierungsspitze.

Welche Rolle spielte die Neutralität in der Diskussion?

Die Neutralität ist erst relativ spät ins Spiel gekommen. 1953 wurde klar, die Neutralität ermöglicht einerseits eine Anbindung an den Westen und gewährt gleichzeitig, daß unter dem Aspekt der Einheit des Landes keine militärische Integration in das Nordatlantische Bündnis notwendig ist.

Welche Position nahmen die Amerikaner in dieser Diskussion ein?

1949 war man auf amerikanischer Seite bemüht, eine möglichst enge Anbindung Österreichs zu erreichen, und diese Bemühungen sind bis in das Jahr 1954 hinein nicht abgerissen – wengleich auch der letzte Schritt einer Vollmitgliedschaft in der NATO nicht gemacht werden konnte.

Aus den geheimen Gesprächsunterlagen zwischen dem alliierten Gremium in Salzburg, dem sogenannten Salzburger Komitee, und dem Wiener Komitee – das war im Prinzip ein ministeriales Komitee – läßt sich ablesen, daß man

für Österreich erreichen wollte, was man für Deutschland bereits erreicht hatte. An diesen Besprechungen haben u. a. auch der stellvertretende Verteidigungsminister der Amerikaner und auf österreichischer Seite der Innenminister und als Leiter des Wiener Gremiums der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit teilgenommen. Es wurde auch eine enge Anbindung an die Politik Bonns vorgeschlagen, um alle Präjudizien für einen Beitritt zur NATO zu schaffen. Darum hat man sich bis 1954/55 ganz heftig bemüht.

Die Amerikaner waren ganz deutlich diejenigen, die mit der Neutralität am wenigsten klargekommen sind. Schließlich hat ihnen die Neutralität aber kein großes Problem mehr bedeutet, weil im Grunde genommen völlig klar war, daß sich Österreich auch nach Abschluß eines Staatsvertrages im Fall eines Konflikts mit seinen Truppen innerhalb der amerikanischen bzw. nordatlantischen Truppen wiederfinden würde.

Ist mit Beginn der Neutralität 1955 ein Bruch zu sehen, einerseits im faktischen Agieren, andererseits in der öffentlichen Darstellung?

Formal gab es 1955 sicherlich einen Bruch. De facto läßt sich aber, wie auch durch einzelne Studien ziemlich präzise belegt wurde, diese Politik des Lavierens bis in die späten fünfziger Jahre und Anfang der sechziger Jahre nachzeichnen. Im Zweifelsfall wurde von amerikanischer Seite entsprechend Druck gemacht. Beispielsweise hat es ja nach 1955 sehr oft sogenannte Overflights gegeben, etwa im Zusammenhang mit der Libanonkrise 1958. Diese ernstzunehmende Verletzung der Wehrhoheit Österreichs wurde stillschweigend geduldet. Anstatt jede Form von Neutralitätsverletzung öffentlich kundzutun, wurde das mehrmals hingenommen. Man kann jedenfalls nicht sagen, daß Österreich ab 1955 die Neutralität überall da, wo es notwendig gewesen wäre, auch mit entsprechendem Nachdruck nach außen hin glaubhaft gemacht hätte.

Einige Paragraphen des Staatsvertragsentwurfes, die 1947 in den Artikel 17 aufgenommen worden sind, wurden noch in letzter Minute auf der sogenannten Wiener Botschafterkonferenz An-

fang Mai 1955 gestrichen. Das geschah auf Drängen österreichischer Militärs, die ein Memorandum mit dem Titel „Neutralisiert oder gefesselt?“ vorlegten – alles top secret. Man machte sich auf seiten der Berufsmilitärs große Sorgen, wie das werden wird: Jetzt werden wir endlich frei und haben nicht die Möglichkeit, uns so zu entfalten, wie wir gerne möchten. Es gab ganz konkrete Limitationen, die das Heer betrafen, etwa was an waffentechnischen Instrumenten eingesetzt werden darf. Das Verbot des Trainings und des zur Verfügungstellens von Know-how wurde gestrichen. Daher rührt der sehr deutliche amerikanische Einfluß beim Wiederaufbau, zunächst bei der Ausrüstung und dann auch beim Training. Man drängte auch darauf, das Verbot von Atomwaffen hinauszubekommen – was zum Glück nicht gelungen ist –, oder den sogenannten „Oberstenparagraph“, was in dieser Form auch nicht geglückt ist. Dieser Paragraph betraf das Verbot, Berufsmilitärs, die sich zwischen 1938 und 1945 im Rang eines Oberst der Deutschen Wehrmacht oder eines noch höheren Ranges befunden haben, wieder in ein offizielles Dienstverhältnis aufzunehmen.

Aber es wurden doch zahlreiche ehemalige Nazis wieder in wichtige Positionen gehievt?

Da gab es durchaus heftige Kontroversen, welche Leute aufgenommen werden. Natürlich wurde klar, daß das Spektrum entsprechend determiniert ist.

Die sowjetische Politik

Gab es Pläne von sowjetischer Seite für einen Guerillakampf? Wurden auch von den Sowjets Waffenlager angelegt?

Es wurde mehrmals der Versuch unternommen, hier nachzuforschen, aber bislang fand man nichts. Es gab den sogenannten USIA-Werkschutz, aber das waren sichtlich schlecht bewaffnete Einheiten für den Schutz der USIA-Betriebe. Zahlenmäßig ist das zu vernachlässigen. Es sind natürlich unglaubliche Gerüchte über den Grad der Ausstattung dieses Werkschutzes kursiert. Aber das kann man wirklich abhaken. Die Politik der russischen Besatzungsmacht Österreich gegenüber war eigentlich von Anfang an sehr liberal, woher das

auch immer gerührt haben mag. Auch darüber ist sehr wenig bekannt. Faktum ist jedenfalls, daß die Provisorische Staatsregierung viel flexibler agieren durfte als beispielsweise die politischen Stellen, die sich in den westlichen Bundesländern reetablierten. Auch das Vorgehen gegen Nazis war rigider. Es hat andere schlimme Sachen gegeben, etwa die Verschleppungen oder das Ausmaß an Vergewaltigungen in der Sowjetzone. Aber auch darüber ist noch sehr wenig bekannt.

Von den Remilitarisierungsinitiativen und den Geheimaktivitäten müssen die Sowjets doch erfahren haben, Operationen dieses Umfangs lassen sich kaum geheimhalten. Sie haben diese Dinge offensichtlich einfach schlucken müssen?

Genau. Das ist so wortwörtlich einmal in einem Kommentar gefallen, daß die Russen sich das einfach werden gefallen lassen müssen. Sie mußten die Wiederaufrüstung schlucken, ob es ihnen paßte oder nicht. Es ist sicherlich davon auszugehen, daß sie mindestens genausoviel gewußt haben. Das ist eine Milchmädchenrechnung, wenn man bedenkt, was beispielsweise die Publikation des Österreichischen Friedensrates bereits 1952 vorgelegt hat. Was nicht bekannt war, war diese Overall-Konzeption für die geheimdienstlichen Operationen. Umso glaubhafter erscheint unter diesem Blickwinkel auch die '45 eingeschlagene Österreichpolitik der Sowjets. Daß hier auch politische Interessen mit im Spiel waren, ist klar. Auch im Zusammenhang mit dem sogenannten Oktoberstreik haben die Sowjets sich durchaus korrekt verhalten und in keiner Weise versucht, das hochzuspielen. Im Gegenteil, sie haben eher versucht zu dämpfen.

War das Sonderprojekt von Olah in die Geheimoperationen eingebunden?

Das gehörte dazu. Obwohl dieses Projekt flächendeckend auf Österreich ausgelegt war und die für einen Einsatz gedachten Materialien nicht wenig spannend klingen – unter anderem sollte Plastiksprengstoff verwendet werden –, war das nur ein Projekt, das vermutlich direkt aus US-Konten bezahlt worden ist. Auch hier gibt es noch keinen deziert positiven Beleg. Das war eine weitere Facette in diesem Konzept eines flächendeckenden Abwehrkampfes ge-

genüber dem Kommunismus. Es wird wahrscheinlich noch lange dauern, bis man da einen halbwegs vernünftigen Überblick gewinnen und die Geschichten ein bißchen besser auseinanderlegen kann. Wobei das im Endeffekt vielleicht in der Rekonstruktion zu einer Übersichtlichkeit führt, die für die damaligen Proponenten der diversen Projekte gar nicht in dem Maße gegeben war.

Ein interessanter Aspekt, der ein sehr schönes Schlaglicht auf diese Entwicklung im Nachkriegsösterreich wirft, ist auch, wie sich manche Leute plötzlich wieder stimuliert sahen, bestimmte Ideen aus der Mottenkiste zu holen.

Zum Beispiel ließ Otto Habsburg dem damaligen US-Außenminister ein Schreiben zukommen, wo er gemeint hat, er stehe politisch wieder zur Verfügung und man müsse in Österreich ein Bollwerk gegen den Bolschewismus schaffen usw. – richtig anbiedernd und auch mit „Otto von Österreich“ unterschrieben. Er hat eine ziemlich klare Absage bekommen.

Wir danken für das Gespräch.

Das Interview führte Markus Kemmerling.

Markus Kemmerling: Gelernter Physiker, EDV-Kundiger und Web-Entwickler bevor die Meisten „Internet“ buchstabieren konnten. Redaktionsmitglied, organisatorisches und moralisches Rückgrat von **Context XXI**, Fels in allen Brandungen vom mythologischen Anbeginn bis Mai 2003.

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels